

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/37

Bonn, den 21. Februar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Kostbares Erbe</u> Zum einjährigen Todestag von Fritz Erler am 22. Februar 1967	50
2	<u>"Keine Experimente" - nicht mehr gefragt</u> Politik im Wandel der Zeit	36
3	<u>Ein Freundschaftsbesuch</u> Bundesaußenminister Willy Brandt in Marokko	33
4 - 6	<u>Marokko heute</u> Seine Innen- und Außenpolitik - die Wirtschaft Marokkos Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland	144

* * *

Kostbares Erbe

Zum einjährigen Todestag von Fritz Erler am 22. Februar 1967

- * "Vieles wäre mir noch zu tun, zu denken, zu schreiben geblie-
- * ben. Ich hoffe, einiges für meine Familie, mein Volk, meine
- * Mitmenschen, meine Partei getan zu haben, das auch noch spä-
- * ter fortwirkt. Vor allem habe ich mich darum bemüht, einen
- * Maßstab zu setzen, wie Menschen miteinander umgehen, wie Pro-
- * bleme anständig erörtert, wie Gemeinschaften gestaltet werden
- * können. Vielleicht hilft das ein wenig auch in der Führung
- * der Völker, wenn es um Menschenwürde, Freiheit und Gerechtig-
- * keit geht."

Aus Fritz Erlers "letztem Willen" vom 8. September 1966

sp - Als Fritz Erler diese für ihn charakteristischen Sätze schrieb wußte er, daß es für ihn keine Rettung im zähen Ringen mit dem Tode gab. Koch als Sterbender verfolgte er wachen Sinnes die politische Entwicklung in und um Deutschland. Seiner Partei gab er in entscheidenden Stunden ihrer Geschichte den Rat, um der Festigung der Demokratie willen die Große Koalition mit den Unionsparteien einzugehen. Eine große Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion befolgte nach einer mit Leidenschaft geführten Debatte diesen aus der Sorge um die innere Entwicklung gegebenen Rat.

Das Wort Fritz Erlers, stellvertretender Parteivorsitzender und Fraktionsvorsitzender der SPD, wog schwer, und nicht nur hier; unser Volk hörte auf Fritz Erler, bewunderte in ihm einen Mann, der Ausschlaggebendes zu sagen wußte und dessen Patriotismus niemals in Zweifel gestellt werden konnte. Vor seiner Bahre verneigten sich in tiefer Trauer das geistige und demokratisch bewusste Deutschland.

Wie schmerzlich, daß eine unruhig gewordene, nach neuen Wegen und Zielen suchende Jugend die Stimme Fritz Erlers nicht mehr vernehmen kann. Gern sprach Erler vor Studenten; er hielt sie mit seiner, von intellektueller Redlichkeit ausstrahlenden Überzeugungskraft in Bann.

Wie fehlt uns dieser Mann heute! Der Verlust, den die Deutsche Sozialdemokratie und unser Volk mit dem zu frühen Tod von Fritz Erler erlitten haben, ist im politischen Leben der Bundesrepublik schmerzlich spürbar. In diesem Mann vollzog sich eine Schnittlinie unserer Geschichte. Sein engagiertes politisches Denken umfaßte weite Bereiche; Die Sorge um die innere Ordnung der Deutschen, um die Stellung der Deutschen in Europa, um Europas so qualvolles Bemühen, in einer von Unsicherheit gezeichneten Welt einen Standort zu finden, alles durchdrungen von dem Bemühen, im Bund mit anderen gutgesinnten Kräften der Welt die Tragödie eines kollektiven Selbstmordes zu ersparen.

Fritz Erler gehört zu den Großen unseres Volkes. Seine Reden und Schriften können unserer Jugend helfen, wieder zu sich selbst zu finden. Sie lehren, wie man mit den Widrigkeiten des Lebens fertig werden kann. Man muß eine feste Überzeugung haben und diese auch unter Umständen vertreten, wenn sie nicht genehm sind und den Widerstand der Mächtigen herausfordern. Fritz Erler gab hier ein leuchtendes Beispiel. Sein Wirken galt dem Bestreben, und hier fühlte er sich eins mit dem Willen seines Freundes Kurt Schumacher; auch er wollte eine Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit für unser Volk und die Welt vermeiden. Darin sah Fritz Erler den Sinn seines Lebens. Er hinterließ ein kostbares Erbe. Dieses treu zu verwalten, ist unsere Verpflichtung.

"Keine Experimente" - nicht mehr gefragt

Politik im Wandel der Zeit

sp - Lange Zeit gehörte es in der Bundesrepublik zum guten Ton, jeden schief von der Seite anzusehen, der seiner Überzeugung Ausdruck gab, das Schlagwort "Keine Experimente!" sei nicht der politischen Weisheit letzter Schluß. Heute - so belehrt uns ein Meinungsforschungsinstitut - nimmt der Anteil derjenigen Bürger stetig zu, die sich für neue Wege in der Politik aussprechen. Während im Herbst 1957 noch jeder zweite Bundesbürger der Auffassung zuneigte, es solle in der Politik keine Experimente geben, ist heute nur noch jeder vierte dieser Ansicht.

So ändern sich die Zeiten! Im Ausland hat man sich zwar schon damals immer gefragt, wie ein so arbeitsames und intelligentes Volk glauben könne, daß Fortschritte in Wirtschaft, Kultur und Technik und damit in der Politik überhaupt ohne Experimente möglich seien.

Tiefsinnige Betrachtungen wurden darüber geschrieben, und ein recht bekannter amerikanischer Soziologe kam sogar zu dem Schluß, "die Deutschen" merkten eben nicht, daß die Zeit nicht stillsteht. Das war natürlich übertrieben, denn immerhin haben auch schon vor zehn Jahren beachtliche Teile unseres Volkes gewußt, daß seit Menschengedenken j e d e r Fortschritt auf dem Wege über Experimente erreicht wird. Nur eben die Mehrheit wußte oder wollte es nicht wissen. Schließlich wurde ihr ja das Wort "Keine Experimente" fast jeden Tag eingehämmert.

Die Ironie des Schicksals, oder wie man das sonst nennen mag, will es, daß gerade jetzt große Teile der jungen Generation unseres Volkes rebellisch werden und sich gegen die Versäumnisse der Vergangenheit auflehnen.

Viele von ihnen überschlagen sich dabei. Aber bei sehr vielen ist die Auflehnung auch der Ausdruck der Erkenntnis, daß man in der Nachkriegszeit allzu lange damit gewartet hat, Neues zu gestalten. Auch das wird vorübergehen, wie so manches, worüber man sich noch vor einigen Jahren aufregte.

Seitdem wir es schwarz auf weiß haben, daß die Mehrheit unseres Volkes nicht mehr wünscht, in einem Zustand der Stagnation zu leben, sondern vorwärtsdrängt, ist die Hoffnung auf eine bessere Zukunft gerechtfertigt.

"Keine Experimente" - nicht mehr gefragt.

Ein Freundschaftsbesuch

Bundesaußenminister Willy Brandt in Marokko

G.M. - Bundesaußenminister Willy Brandt wird bis Montag kommender Woche Marokko einen Freundschaftsbesuch abstatten. Er wird dort mit dem König, dem Außenminister und anderen Regierungsmitgliedern zusammentreffen.

Verschiedentlich hat man diesem Besuch Willy Brandts bestimmte politische Absichten unterstellt, ohne allerdings konkret zu sagen, um was es sich hierbei handeln könnte. Wenn der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland ein befreundetes Land besucht, ist dies selbstverständlich ein Politikum. Aber abwegig wäre es, wollte man in dieser Reise eine gezielte politische Aktion von besonderer Bedeutung erblicken.

In den vergangenen Jahren hat sich das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Marokko stetig verbessert. Die Freundschaft zwischen beiden Staaten beruht auf der gemeinsamen Erkenntnis, daß ausenpolitische Beziehungen nicht mit ideologischen oder dogmatischen Vorbehalten belastet sein dürfen. Auf diese Weise hat sich auch die Freundschaft zwischen der Bundesrepublik und Marokko bewährt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Bundesaußenminister während seines Besuches in Marokko auch Gelegenheit haben wird, mit seinen Gastgebern die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und anderen arabischen Staaten zu besprechen. In Marokko weiß man zu schätzen, daß die Bundesrepublik in ihrem Verhalten gegenüber den arabischen Staaten das Prinzip der Nichtvermischung auch in schwierigen Situationen streng beachtet. Ohne Voreingenommenheit kann daher der Bundesaußenminister mit seinen Gastgebern auch über jene Probleme diskutieren, die gelöst werden müssen, wenn es gelingen soll, den Frieden in allen Teilen der Welt wiederherzustellen und zu sichern.

Willy Brandt hat schon mehrfach gesagt, die Bundesrepublik Deutschland sei keine Weltmacht und sie sei auch nicht dazu berufen, sich anderen Völkern gegenüber als Lehrmeister aufzuspielen. Das schließt jedoch nicht aus, Erfahrungen auszutauschen, die bei der Überwindung von Schwierigkeiten helfen könnten.

In diesem Sinne ist der Freundschaftsbesuch des Bundesaußenministers in Marokko zu werten.

Marokko heute

Größe: Marokko ist mit 468.000 qkm etwa zweimal so groß wie das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Die Süd- und Südostgrenze nach Algerien ist umstritten.

Bevölkerung: Von den ungefähr 14 Millionen Einwohnern sind etwa 13,8 Millionen Muselmanen. Der Anteil der Berberbevölkerung ist, besonders auf dem Lande - zunehmend von West nach Ost - hoch. (Prozentzahlen über das Verhältnis Berber/Araber liegen nicht vor). 92.000 Franzosen, 60.000 marokkanische Juden, 50.000 Spanier, 600 Deutsche.

70 Prozent der Bevölkerung wohnt auf dem Lande; starke Landflucht (100.000 jährlich). Zehn Städte mit über 100.000 Einwohnern; größte Stadt ist Casablanca mit 1,3 Millionen, sogenannte "wirtschaftliche Hauptstadt". Rabat war in der Geschichte des unabhängigen Marokko (etwa von 800 - 1912) niemals Hauptstadt, wenn auch ein königlicher Palast als "Pfalz" bestand. Erst die französische Protektoratsmacht verlegte 1912 die Hauptstadt nach Rabat.

Hauptstädte Marokkos bis 1912 waren Fez (älteste Stadt des Landes, Gründung um 800, heute noch gern als "geistliche Hauptstadt" bezeichnet), Marrakesch und - während der Regierungszeit Moulay Ismaels Ende des 17./Anfang des 18. Jahrhunderts, Meknes.

Jährliche Bevölkerungszuwachsrate: 3,2 Prozent. Lebenserwartung: 47 Jahre; Sterblichkeit: 18,7 auf 1.000, Kindersterblichkeit: 150 auf 1.000; 52 Prozent der Bevölkerung sind unter 20 Jahre alt.

Geographie: 1.700 km Küste (500 km Mittelmeer, 1.200 km Atlantik). Von Nordosten nach Südwesten verlaufende Gebirgsketten des Rif, des mittleren und hohen Atlas teilen das Land in fruchtbare und bevölkerte West- und wenig bevölkerte trockene Ostregionen.

Sprache: Landessprache ist arabisch; gesprochen werden ein westnaghrebischer Dialekt sowie Berbersprachen. Inoffizielle zweite Landessprache ist französisch; im Norden außerdem spanisch; beide Sprachen werden im Zuge der "Arabisierung" zurückgedrängt.

Innenpolitik

Marokko ist eine konstitutionelle Monarchie. Die Stellung König Hassan II. ähnelt z. Zt. der eines absoluten Herrschers, nachdem er die Verfassung von 1962 durch Verkündung des verfassungsmäßigen Ausnahmezustandes im Mai 1965 außer Kraft gesetzt hat. Die parlamentarischen Körperschaften sind seitdem nicht mehr zusammengetreten. Das Amt des Ministerpräsidenten, das der König zunächst selbst übernommen hatte, gab er am 7. Juli 1967 an Dr. Mohamed Benkima ab; er hält jedoch nach wie vor die Zügel der Regierung selbst in der Hand. Eine wichtige Rolle spielt bei der Regierungsführung das zwischen dem Souverän und der Regierung stehende königliche Kabinett. Königliches Kabinett und Regierung bestehen aus dem König persönlich erteilten Ministern verschiedener politischer Schattierungen; die Parteien sind durch Suspendierung des Parlaments von der Staatsführung ausgeschaltet.

Parteien: Union der Volkskräfte UNFP (links) früher von Ben Barka geleitet; Istiqlal (nationalistisch, rechts), geleitet von Allal El Fassi, der großes persönliches Ansehen aus der Zeit des Unabhängigkeitskampfes genießt; Berberpartei (gespalten, relativ bedeutungslos). Istiqlal nähert seine Politik seit dem Nah-Ost-Krieg im Sommer 1967 der Regierungspolitik zunehmend an. Die Hauptgewerkschaft UMT (links ge-

richtet) gut organisiert; Generalsekretär Ben Seddik verbüßt zur Zeit eine 18-monatige Gefängnisstrafe wegen regierungsfeindlicher Äußerung im Nahostkonflikt. Freilassung im Gnadenwege hat er abgelehnt. Parteien und UMT befinden sich in der "Opposition".

Hauptstützen des Königs sind neben seiner Stellung als geistlicher Herrscher über das großteils orthodox-religiöse Volk (der Islam ist Staatsreligion) weiterhin Armee und Polizei.

Außenpolitik

Leitlinien: Blockfreiheit (unter vorsichtiger Anlehnung an den Westen), Neutralität, arabische Solidarität und Zusammenarbeit mit anderen Ländern der Dritten Welt.

Das Verhältnis zu den USA ist sachlich und gut; die US-Wirtschaftshilfe, besonders Lebensmittellieferungen, erlangten angesichts der Missernte der zwei vergangenen Jahre besonderes Gewicht. Die Beziehungen zu Sotschina, zur Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten sind normal. Das Verhältnis zur alten Protektormacht Frankreich ist weiterhin durch die Ben Barka-Affäre belastet. Vor Ablösung des im Juni 1967 in Paris zu lebenslänglicher Haft verurteilten Innenministers Oufkir ist nicht mit einer Normalisierung zu rechnen. Frankreich hat die Kapitalhilfe nicht wieder aufgenommen (1965: 220 Millionen DM, davon 155 Millionen angebunden).

Die spanisch-marokkanischen Beziehungen haben sich ab Mitte 1967 verbessert; es bestehen Anzeichen dafür, daß Spanien auf die Enklave Ifni verzichten will; die Rückgewinnung der Spanischen Sahara und der Presidios Ceuta und Melilla treten jetzt nicht mehr als vordringliche Ziele der marokkanischen nationalen Außenpolitik hervor.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den anderen Maghreb-Staaten (Algerien, Tunesien, Libyen) steht weiter auf dem Programm; die Verbesserung der Beziehungen zu Algerien seit Sommer 1967 erleichtert dies. Unverändert bleibt die Nichtanerkennung von Keuretanien, das als ein durch die ehemalige Kolonialmacht Frankreich widerrechtlich ver- selbständigter Teil Marokkos betrachtet wird.

Wirtschaft

Freies Wirtschaftssystem, Privateigentum und ausländische Investitionen werden geschützt. Drei- und Fünfjahrespläne als Schwerpunktprogramme.

Währung ist der Dirham (DH 1,- = DM 0,79371); Devisenbewirtschaftung; Marokko gehört der Franc-Zone an.

Der Außenhandel wurde im Juni 1967 in einigen Bereichen liberalisiert. Zum Schutz der eigenen Industrie bestehen allerdings teilweise noch hohe Zölle. Außenhandelsbilanz 1966: Einfuhren 2,41 Milliarden DM, Ausfuhren 2,16 Milliarden DM. Defizit 250 Millionen DM.

Dreijahresplan 1965 - 1967 mit Schwerpunkten Tourismus, Landwirtschaft und Berufsausbildung (bei Schaffung neuer Arbeitsplätze) wurde nicht erfüllt. Tourismus erlitt durch Nahostkrise Rückschlag, Getreideproduktion durch ungenügende Regenfälle 1966 und 1967.

Einzelheiten über den neuen Fünfjahresplan 1968 - 1972 sind noch nicht bekannt.

Investitionsschutzabkommen der BIRD am 11. Oktober 1965 von Marokko ratifiziert. 1967 wurde der Abschluß von 18 Handelsabkommen bekanntgegeben, eines davon mit der DDR, die seit der Anerkennung Mauretaniens durch die Bundesrepublik Deutschland eine Handelsvertretung in Casablanca hat. Marokko erhofft baldige Assoziation mit der EWG und bezieht sich zur Zeit um eine Mandatserweiterung für Zitrusfrüchte und Olivenöl.

Marokko und die Bundesrepublik Deutschland

Die deutsch-marokkanischen Beziehungen sind freundschaftlich und gut. Sie befinden sich auf dem gleichen Stand wie im Vorjahr. Marokko hat seine Haltung in der Deutschlandfrage nicht geändert: Es sieht die Bundesregierung als die einzig legitimierte deutsche Regierung an. Ein Flaggenzwischenfall bei der Casablanca-Messe im April 1967 machte das nochmals deutlich. Es gelang zum ersten Mal, die bereits gesetzten Fahnen der DDR wieder zu entfernen; daß die Bundesregierung zur Zeit keine Möglichkeit sieht, mit der Finanzhilfe über 50 Millionen DM hinauszugehen, hat jedoch einige Enttäuschung hervorgerufen. Trotzdem hat die marokkanische Seite ein Kapitalhilfeangebot der DDR bei Wirtschaftsverhandlungen im November 1967 abgelehnt.

Investitionsförderungsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland vom 31. August 1961 am 28. Juni 1967 ratifiziert, seit 20. Januar 1968 in Kraft getreten.

Außenhandel mit der Bundesrepublik Deutschland:

	Einfuhren	Ausfuhren
1966	52,9 Mio DM (= 6,32 %)	174,5 Mio DM (= 2,05 %)
1. Halbjahr 1967	89,8 Mio DM (= 6,6 %)	77,3 Mio DM (= 6,5 %)

Damit liegt Deutschland im Import weiter an dritter Stelle (nach Frankreich 38,8 Prozent und USA 12,2 Prozent) und im Export an zweiter Stelle (nach Frankreich 46,4 Prozent und vor der UdSSR 5,6 Prozent).

Bis einschließlich 1966 hat die Bundesregierung 189,5 Millionen DM Kapitalhilfe sowie einen Stand-by-Kredit von 20 Millionen DM Kapitalhilfe bereitgestellt, für 1967 ist der gleiche Betrag vorgesehen. Die Verhandlungen über die Verwendung dieser Mittel sind noch nicht abgeschlossen.

Deutsche Firmen-Gruppe BMA/Buckau/Lucks & Co. hat in Marokko eine Zuckerfabrik in der Tadla fertiggestellt und Aufträge für zwei weitere Fabriken im Gharb-Gebiet erhalten. Die letzten zwei Aufträge für Zuckerfabriken gingen jedoch an eine französisch-marokkanische und eine belgisch-marokkanische Gruppe. Holzmann-Strabag errichtet zur Zeit einen Staudamm bei Ait Adelt. Zahlreiche Infrastrukturmaßnahmen für Tourismus, Bergbau, Landwirtschaft und Industrie (Kunstdüngerfabrik Safi) werden im Laufe der Zeit mit deutschen Mitteln finanziert.

Technische Hilfe: zwei landwirtschaftliche, drei touristische Projekte; Einrichtung einer Facharbeiterschule in Marrakech.

Die deutsche Kolonie (etwa 600) spielt im kulturellen Leben keine Rolle. Deutsche Schulen fehlen. Das Goethe-Institut unterhält Zweigstellen in Rabat und Casablanca mit Nebenstellen Tanger (knapp 1.000 Deutschschüler gegenüber 875 im Vorjahr), die gute Erfolge haben und sich beachtlichen Ansehens erfreuen.